

Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1991. Hrsg. von Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke. (Analysen und Dokumente der BStU, Bd. 33.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2008. 583 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-525-35100-0. (€ 39,90.)

Die deutsche Übersetzung des 2005 vom Warschauer Institut für nationales Gedächtnis (Instytut Pamięci Narodowej) in englischer Sprache herausgegebenen Handbuchs¹ stellt in acht Beiträgen die Staatssicherheitsdienste von sieben früheren sozialistischen Ländern in Europa vor (und klammert nur Albanien und Jugoslawien aus). Die Artikel folgen einem von den Hrsg.n vorgegebenen Schema. Sie thematisieren die Organisationsentwicklung, das Verhältnis zur Staatspartei, die Zusammensetzung und Entwicklung des hauptamtlichen und informellen Personals, die operativen Methoden und Tätigkeitsschwerpunkte. Außerdem informieren sie über den Zugang zu den nationalen Facharchiven und über den jeweiligen Forschungsstand. Organigramme und Tabelle helfen, über oft verwirrende Details die Übersicht zu behalten. Von einer zusammenhängenden Lektüre des Handbuchs wird abgeraten, denn die überbordende Faktenfülle wird schnell zu einer Belastung. Vorgelegt wurde ein materialreiches Hilfsmittel.

Ins Auge springen sofort sowohl erhebliche strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den Apparaten als auch frappierende Unterschiede, die sich nicht ohne weiteres auflösen oder einordnen lassen. Bezogen auf die im nationalen Rahmen und in der chronologischen Perspektive sehr unterschiedlichen Personalstärken beispielsweise charakterisierte die extreme Steigerung der Mitarbeiterzahlen nicht den realen „historischen Stalinismus“ (bis 1956), sondern in der DDR, in Rumänien und in Polen etwa die Endphase der Regimes. Dass Zahlen allein aber wenig aussagekräftig sind, weil z.B. die operative Technik, Methodik sowie die in dem Band insgesamt unterbelichteten juristischen Vollmachten und Kompetenzen eine Rolle spielen, wird spätestens dann deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass 1948 in Rumänien – statistisch betrachtet – ein Mitarbeiter (einschließlich der informellen) auf 369 Einwohner kam. 1989 war diese Dichte aber doppelt bis dreifach stärker und für den Kreis Sibiu (Hermannstadt) ist sogar eine Kontrolldichte von einem Mitarbeiter auf 30 Einwohner dokumentiert. Zwar sind durchaus scheinbare „Gesetzmäßigkeiten“ feststellbar, zum Beispiel bilden in vielen unterschiedlichen Bezeichnungen auftretende Arbeitslager oder allgemein „extralegale Maßnahmen“ gemeinsame Konstanten. Gleichzeitig sind jedoch unterschiedliche nationale Handlungsmuster erkennbar, auffällig beispielsweise in der Chronologie von Schauprozess-Inszenierungen. Die Erzeugung von Furcht und die Praktiken der Einschüchterung erfordern weitere Aufmerksamkeit der Forschung.

Der Schwerpunkt der Beiträge liegt auf der Repressionsfunktion des Sicherheitsapparates. Die Opferzahlen sind erschreckend hoch, und so dauert es eine ganze Weile, bis man sich eingestehen kann, dass es sich meistens nur um unvollständige und bruchstückhafte Angaben der Aktenbildner selbst handelt. Auf einige immanente Widersprüche im Zahlenwerk weisen die Autoren ausdrücklich hin. Allgemein ist zu beachten, dass national und chronologisch unterschiedliche rechtliche und statistische Kategorien von „Verhaftung“, „Internierung“, „Umsiedlung“, „Verurteilung“ und anderen auf administrativer, polizeilicher oder gerichtlicher Grundlage ergriffenen Maßnahmen auseinanderzuhalten sind. Die Begrifflichkeit ist oft nicht einmal im nationalen Kontext kongruent, Willkür muss als ein zentrales Struktur- und Funktionsmoment des Terrors begriffen werden.

Oft entsteht daher die Gefahr, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. In der Tschechoslowakei waren 1948-1954 statistisch betrachtet etwa drei Prozent der Bevölkerung unmittelbar von politischer Repression betroffen. Zählt man zu diesen direkt Betrof-

¹ A Handbook of the Communist Security Apparatus in East Central Europe, 1944-1989, hrsg. von KRZYSZTOF PERSAK und ŁUKASZ KAMIŃSKI, Warsaw 2005.

fenen aber die 400 000 Enteigneten und 1,6 Millionen im Kollektivierungsprozess befindlichen Bauern, so kommt man auch ohne die aus der Kommunistischen Partei nach 1948 ausgeschlossenen und ausgetretenen etwa 1,5 Millionen Personen auf Werte, die sich von denen in Ungarn nicht sehr unterscheiden. Dort seien nach amtlichen Angaben 1951-1953 ungefähr zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung unmittelbar vom Staatsterror betroffen gewesen, einschließlich der Familienangehörigen also fast die Hälfte aller Einwohner. Daher wäre es sinnvoll, den Repressionsbegriff zu spezifizieren. Generell kann man zustimmen, dass der offene Massenterror ab 1954 allmählich nachließ und die Methoden und die Brutalität der Verfolgung in den unterschiedlichen Phasen schwankten, der Sicherheitsapparat blieb aber das wichtigste Kontrollinstrument der Partei (S. 329). Vor politisch motivierten Massenrepressionen schreckte das System auch nach 1956 nicht zurück, so beispielsweise 1968 in Polen oder in der Tschechoslowakei, als schätzungsweise 750 000 Personen von „Parteisäuberungen“ betroffen waren, mit Familienangehörigen also etwa zwei Millionen Menschen. Der Parteiausschluss war zwar „nur“ mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verbunden, doch in einem totalitär verfassten System bedeutete dies, existenziell der Gnade der Staatspartei ausgeliefert zu sein. Mit Blick auf so genannte präventive Maßnahmen verdient auch der im Beitrag über Polen enthaltene Hinweis auf die Folgen der elektronischen Datenerfassung Beachtung.

Zugleich fällt auf, dass der nationale Rahmen nicht ausreicht, um die wirklichen Ausmaße der Repression zu erkennen. Außer Acht bliebe beispielsweise die bei polnischen Staatsangehörigen auffällige massive „parallele“ Verfolgung durch den sowjetischen Sicherheitsapparat, die noch bis in die 1950er Jahre hinein belegt ist – eine unerforschte, weder völkerrechtlich noch politisch nachvollziehbare Maßnahme, deren Opfer übrigens nicht in den nationalen Statistiken enthalten sind. Möglicherweise verbergen sich dahinter Hinweise auf Konstrukte einer politischen, historischen oder sozialen Kollektivschuld, wie sie im damaligen sowjetischen Strafrecht fixiert war.

Generell bleibt die Definition der Staatssicherheit und ihrer spezifischen Funktion im politischen System vage. Die ungarischen Autoren weisen beispielsweise darauf hin, dass infolge der Beschlagnahmung von mehr als 70 Prozent der Auslandspost im Rahmen der Postkontrolle der Briefverkehr um 80 Prozent geschrumpft sei. Das Thema „Postzensur“ wird zwar verschiedentlich gestreift. Insgesamt verdienen jedoch auch andere im öffentlichen Bewusstsein als legitim geltende Einrichtungen des Staates, wie etwa die Post, der Zoll oder die reguläre Polizei, mehr Aufmerksamkeit, weil sie – zumindest zeitweilig vom engeren Sicherheitsapparat unabhängig – ebenfalls massiv an der politischen Kontrolle der Gesellschaft beteiligt waren. Unausgeleuchtet bleibt auch, dass die „Staatssicherheit“ – temporär in der UdSSR, der Tschechoslowakei und in Polen – institutionell als integraler Bestandteil der zivilen öffentlichen Verwaltung wirkte, als Sonderbehörde entstand sie ursprünglich nur in der DDR. Solche Fragen nach dem Gesamtsystem ergeben sich jedoch vielfach erst aus der Disparität der Beiträge. Es dürfte sinnvoll sein, zuerst solche Fragen zu stellen, statt vorschnell Antworten zu geben.

Die Deutungsmacht der Aktenbildner sollte ebenfalls stärker reflektiert werden, wenn ihre „Effizienz“ beurteilt wird. Die Resultate der *human intelligence* werden nämlich oft unkritisch aus systemimmanenter Sicht bewertet. Ein kleines Beispiel soll den analytischen Blick schärfen: Laut einer Erklärung des Leiters der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Werner Großmann erlitt die HVA 1973 in Westdeutschland einen Rückschlag, weil das Bundesamt für Verfassungsschutz die erste Rasterfahndung nach eingeschleusten Agenten durchgeführt habe.² Wenn man aber weiß, dass mit Hilfe der in den 1920er Jahren entwickelten polizeilichen „Netzfahndung“ bereits

² WERNER GROßMANN: Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2007, S. 71-74.

seit den 1950er Jahren in Westdeutschland systematisch nach eingeschleusten Personen gesucht wurde und der Ausdruck „Rasterfahndung“ lediglich dem Umstand Rechnung trug, dass das Meldewesen auf EDV umgestellt worden war, wird die „blinden Hühner“, die Großmann in seinen westdeutschen Gegnern erkannte, auch dahingehend deuten müssen, dass im Gewerbe schon immer sehr viel und gern gegackert wurde.

Berlin

Jan Foitzik

Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr. Hrsg. von Angelika Ebbinghaus. VSA-Verlag. Hamburg 2008. 257 S., Abb. ISBN 978-3-89965-311-3. (€ 16,80.)

In der westlichen Welt steht die Jahreszahl „1968“ als Chiffre für einen soziokulturellen Bruch, der sich Ende der 1960er Jahre durch die Zuspitzung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse und ihre Entladung in Protesten vollzog, die insbesondere von Studierenden getragen wurden. Die Beiträge zu dem anzuzeigenden, von Angelika Ebbinghaus herausgegebenen Sammelband sollen demgegenüber die Bedeutung dieses Jahres für die Geschichte der realsozialistischen Gesellschaften Osteuropas beleuchten. Hier wird die Jahreszahl „1968“ vor allem mit der Unterdrückung des reformkommunistischen Projekts des „Prager Frühlings“ durch Truppen des Warschauer Pakts in Verbindung gebracht. Einzig in Polen gab es im März 1968 überwiegend von Studierenden getragene Proteste, die eine gewisse Ähnlichkeit zu den Ereignissen in Westeuropa und den USA aufwiesen.

Anders als es der Titel suggeriert, wird in dem Band nicht der gesamte osteuropäische Raum berücksichtigt, sondern nur Ostmittel- und Südosteuropa. Inklusiv der Einleitung der Hrsg. in versammelt er dreizehn wissenschaftliche Beiträge sowie historische Quellen, ein Interview mit dem Publizisten Adam Michnik und persönliche Erinnerungen des Schriftstellers Richard Wagner an das Jahr 1968 in Rumänien. Diese Kapitel sind in sechs Abschnitte gruppiert, die den Prager Frühling selbst sowie die Ereignisse des Jahres 1968 in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und der DDR zum Gegenstand haben. Ein siebter Abschnitt ist Zielen und Grenzen von Wirtschaftsreformen in Osteuropa Ende der 1960er Jahre gewidmet.

Ein zentrales Problem des Bandes liegt darin, dass den Einzelbeiträgen ein gemeinsamer thematischer Mittelpunkt fehlt. Anders als es Titel und Einleitung nahelegen, geht es nicht primär um die Frage, ob mit der Niederschlagung des Prager Frühlings „die Hoffnung auf einen freiheitlichen und egalitären Sozialismus zu Grabe getragen“ wurde (S. 25). Auch andere Möglichkeiten, die Einzelreferate auf eine gemeinsame Frage hin auszurichten – z.B. ein Vergleich der sozial- und kulturhistorischen Voraussetzungen und Ausdrucksformen politischen Protests innerhalb Osteuropas oder zwischen Ost und West –, werden nur angedeutet. Die Einleitung spiegelt eher das Fehlen eines übergreifenden Konzepts wider, als dass es ihr gelänge, einen roten Faden aufzuzeigen, der über den gemeinsamen Bezug auf 1968 hinausweist.

Was bleibt, ist ein weiterer Konferenzband, der kaum mehr ist als die Summe seiner einzelnen Beiträge. Dieser Eindruck wird noch durch die Heterogenität der einzelnen Texte verstärkt: Wissenschaftlichen Artikeln stehen recht unvermittelt Originalquellen – z.B. Ludvík Vaculík's „2000 Worte“ von 1968 oder der offene Brief von Karol Modzelewski und Jacek Kuroń an die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei von 1964 – sowie das Interview mit Michnik oder die Erinnerungen von Wagner gegenüber.

Mit dieser eher kritischen Einschätzung soll nicht in Abrede gestellt werden, dass die einzelnen Beiträge eine Reihe wichtiger und interessanter Beobachtungen zum Prager Frühling selbst (Stefan Karner) sowie zu gesellschaftlichen Veränderungs- und Modernisierungsprozessen in Ostmittel- und Südosteuropa in den 1960er Jahren enthalten. Sie verdichten sich jedoch nicht zu einem Gesamtbild. Es zeigt sich also, dass die Geschichts- und Sozialwissenschaften schlecht beraten sind, ihre Publikationspraxis zu stark am Rhythmus von Jahrestagen auszurichten.

Warszawa

Robert Brier